

"Aufgeschoben ist aufgehoben" in Die Zeit (1997)

Quelle: Die Zeit. [ONLINE]. [Hamburg]: [15.04.2004]. Disponible sur <http://www.zeit.de/archiv/1997/25/euro.txt.19970613.xml>.

Urheberrecht: (c) Helmut Schmidt / Die Zeit

URL: http://www.cvce.eu/obj/aufgeschoben_ist_aufgehoben_in_die_zeit_1997-de-8e261f26-68d5-447f-a8f9-8364c9e7a20b.html

Publication date: 20/12/2013

Helmut Schmidt über die sechs Gründe, aus denen der Euro nicht scheitern darf - schon gar nicht an den Deutschen

Aufgeschoben ist aufgehoben

Helmut Schmidt

Kann, darf, soll die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung verschoben werden? Die Debatte darüber ist in vollem Gange. Aber über die schwerwiegenden Probleme, die sich aus einer Vertagung - oder gar aus einem Scheitern - des Euro ergeben würden, erfährt man von den Politikern und aus den Medien fast nichts, auch nichts von der Bundesbank und sehr wenig von den unternehmerischen Verbänden und den Gewerkschaften. Die deutsche Euro-Debatte ist von erschreckender Einfalt. Sehr früh haben der Bundestag und das Bundesverfassungsgericht Ängste vor einer angeblichen Instabilität des Euro wachgerufen, und jahrelang haben Mitglieder des Zentralbankrates der Bundesbank diese Ängste geschürt. Wenn diese negativen Kräfte letztlich Erfolg haben sollten, so muß man mit schlimmen Konsequenzen rechnen.

Erstens: Wer das im Maastrichter Vertrag eindeutig festgelegte Datum des Inkrafttretens der gemeinsamen Währung, nämlich spätestens den 1. Januar 1999, herausschieben wollte, der müßte den Vertrag durch einen Zusatzvertrag ergänzen, der einer Ratifikation in fünfzehn nationalen Parlamenten bedürfte. Wer sich statt dessen einfach über den klaren Maastrichter Text hinwegsetzte, der liefe Gefahr, wegen einer Vertragsverletzung vor dem Europäischen Gerichtshof zu scheitern.

Zweitens: Schon der bloße Beginn einer Verschiebungsdiskussion zwischen den beteiligten Regierungen würde auf den Devisenmärkten zu einer abermaligen Aufwertung der D-Mark führen. Der Verlust weiterer deutscher Arbeitsplätze in den Industrien, die am Export orientiert sind oder unter Import-Konkurrenzdruck stehen, wäre unausweichlich, desgleichen der Verlust weiterer Arbeitsplätze in allen im internationalen Wettbewerb stehenden Dienstleistungsbranchen wie Telekommunikation, Verkehr, Banken und Versicherungen.

Drittens: Bei einer Verschiebung oder gar bei einer endgültigen Aufgabe des Projektes Währungsunion würde die Geldmengenideologie der Bundesbank die weltweiten Finanzmärkte zu einer weiteren Aufwertung der D-Mark veranlassen; dies würde einen weiteren Verlust von Arbeitsplätzen nach sich ziehen. Wenn aber die Arbeitslosigkeit und deren Kosten noch weiter steigen, dann sinkt zugleich die Zahl der Beitragszahler für alle Zweige der Sozialversicherung, eine abermalige reale Kürzung aller Sozialleistungen und der Renten wird unausweichlich.

Viertens: Die Währungen Frankreichs, Italiens und Spaniens sowie weiterer Staaten der Europäischen Union kämen durch weltweite Währungsspekulation unter Druck. Deren nationale Zentralbanken würden versuchen, durch höhere Zinsen gegenzusteuern; dadurch sänke die Investitionsquote, und die Arbeitslosigkeit würde infolgedessen auch in diesen Ländern steigen.

Fünftens: Jede Verschiebung bedeutet mit hoher Wahrscheinlichkeit eine endgültige Aufgabe des Projektes Währungsunion; denn auch nach zwei oder drei Jahren würden viele Mitgliedsstaaten der Europäischen Union keineswegs alle Maastrichter Kriterien erfüllen können. Damit fiel Europa in die seit dem Schuman-Plan 1950 schwerste Krise der europäischen Integration. Alle Staaten Europas sind aber allein und als einzelne zu schwach, um sich zukünftig gegen die Weltmächte USA, China, Rußland, Japan (und demnächst Indien) behaupten und ihre Interessen im Welthandel, auf den Weltfinanzmärkten oder in Sachen des Schutzes der Atmosphäre und der Meere mit Erfolg vertreten zu können. Wer die Integration Europas abbräche, der lieferte die Mitgliedsstaaten der EU endgültig der Dominanz durch die Vereinigten Staaten aus - und damit deren "sozialer Grausamkeit" (Fritz Scharpf) à la Thatcher.

Sechstens: Wenn das Projekt Währungsunion an Bonn scheitern sollte oder wenn die Völker und die öffentliche Meinung unserer Vertragspartner auch nur den Eindruck gewönne, die Währungsunion sei an deutscher ideologischer Besserwisserei und deutscher Rechthaberei gescheitert, dann gerieten wir in eine gefährliche Isolierung, "dann würde es eiskalt für Deutschland" (Hans-Dietrich Genscher).

In der Tat: Schon bisher hat Deutschland durch sein Insistieren auf der "strikten Einhaltung" der fünf Maastrichter Konvergenz-Kriterien (also der Maßstäbe, an denen der ökonomische Gleichlauf der Teilnehmerstaaten gemessen werden soll) und durch seinen "Währungs-Rassismus" (Michel Rocard) gegenüber Südeuropa und besonders gegenüber Italien sich so unbeliebt gemacht wie niemals zuvor in den letzten fünfzig Jahren. Der Bundeskanzler hat jahrelang zugelassen, daß der heimliche deutsche Außenminister, Bundesbankpräsident Tietmeyer, - von Kinkel hat man in dieser lebenswichtigen Frage nichts gehört - und in dessen geistiger Gefolgschaft Finanzminister Waigel alle Partner unter ideologischen Druck gesetzt haben.

Wer die Wirkung einer von Tietmeyers Reden auf ein italienisches Publikum am Orte des Geschehens miterlebt hat, die Warnungen vor statistischer Kosmetik und Mogelei, die abfällige Attitüde gegen Italien und andere, wer die geradezu wilhelminische Aufspielerei in Sachen des illusorischen Stabilitätspaktes erlebt hat, um heute Waigel im Streit mit Tietmeyer bei gleichen Mogeleiversuchen zu erwischen - der kann die Schadenfreude und sogar die Häme verstehen, die heute in Italien, Spanien oder in der Schweiz, in Frankreich, England oder Holland zu hören und zu lesen sind.

Wirtschaftlichen Gleichlauf (Konvergenz) der Teilnehmerstaaten als Vorbedingung für eine gemeinsame Währung zu verlangen war von vornherein unklug. Der gleiche Dollar gilt für Louisiana und für Kalifornien. Von Konvergenz der Wirtschaft kann keine Rede sein. Dito nicht in Schottland und in London, die beide dieselbe Sterling-Währung benutzen. Dito nicht in Luxemburg und Belgien, die beide den gleichen Franc benutzen. Bei der Konvergenz-Forderung noch dazu Beschäftigung und Wachstum ganz aus dem Blick zu lassen und statt dessen alle fünf Maastrichter Kriterien allein auf haushalts- und geldpolitische Daten abzustellen war ein zusätzlicher Fehler. Heute könnten selbst Japan oder die Vereinigten Staaten diese Kriterien nicht erfüllen.

Gottlob ist der Maastrichter Vertrag um einiges klüger als die Herren Stoiber ("eisenhart an den Stabilitätskriterien festhalten") oder Schäuble ("strenge Wahrung der vereinbarten Kriterien") noch in den allerletzten Tagen. Denn über den Maastrichter Kriterien steht der Artikel 104c des EU-Vertrages: "Wenn ein Staat keines oder nur eines dieser Kriterien erfüllt, so . . . wird berücksichtigt, ob das Defizit die öffentlichen Ausgaben für Investitionen übertrifft; berücksichtigt werden ferner alle sonstigen einschlägigen Faktoren, einschließlich der mittelfristigen Wirtschafts- und Haushaltslage." Entscheidend bleibt also die qualifizierte Mehrheit des Europäischen Rates. Im Klartext: Der politische Wille der Regierungschefs entscheidet.

In ihrem Bewußtsein wird freilich die Arbeitslosigkeit die größte Rolle spielen. Aber auch der Euro kann nur langfristig zu höherer Beschäftigung beitragen, kurzfristig bleibt er ohne Beschäftigungseffekt. Die Währungsunion war und ist keine Beschäftigungspolitik, sie ist vielmehr eine strategische Notwendigkeit für Europas weltpolitische und wirtschaftliche Selbstbehauptung. Wer jedoch den Euro abserviert, der wird die Arbeitslosigkeit noch vermehren.

"Was aber wird aus meiner Rente?", so fragt manch einer. Die Antwort lautet: Die Rente hängt nicht vom Euro ab, sondern vielmehr von Beschäftigung und Wachstum der deutschen Wirtschaft.

"Ist nicht die Umstellung auf den Euro eine Währungsreform wie 1948, bei der wir unsere Sparguthaben zum größten Teil eingebüßt haben?" Antwort: Nein, es handelt sich nicht um Streichung von D-Mark-Guthaben, sondern um einen Umtausch, ähnlich dem Umtausch von Mark in Peseten, wenn einer nach Mallorca fährt; dabei bleibt die Kaufkraft dieselbe.

"Ja, aber was ist, wenn später die Kaufkraft des Euro sinken sollte, wenn er keine stabile, sondern eine weiche Währung würde?" Antwort: Der Außenwert des Euro (also der Wechselkurs gegenüber dritten Währungen) wird stabiler sein als der Wechselkurs der D-Mark, der in den letzten drei Jahrzehnten ständig gestiegen ist, die deutschen Produkte für die Außenwelt immer teurer gemacht und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt hat; früher zahlten die Amerikaner für ein 4000 Mark teures Exportprodukt 1000 Dollar, heute müssen sie dafür aber 2400 Dollar zahlen, sie kaufen deshalb billigere

Produkte aus Ostasien. Dagegen wird der Binnenwert des Euro auf dem gemeinsamen Markt und damit auch in Deutschland ähnlich stabil sein wie bisher die D-Mark, denn die Europäische Zentralbank ist genauso unabhängig von politischen Weisungen wie bisher die Bundesbank.

"Wenn aber Italien oder Spanien oder Frankreich oder Deutschland auch in Zukunft mehr Geld ausgibt, als es einnimmt, und wenn seine Defizite sich häufen?" Antwort: Weil Artikel 104 des Maastrichter Vertrages es der Europäischen Zentralbank verbietet, der EU oder einem Teilnehmerstaat Kredite zu geben, so müssen defizitär wirtschaftende Teilnehmerstaaten sich ihre Kredite auf den privaten Finanzmärkten holen. Je mehr Kredite sie aufnehmen, um so höher wird der Zinssatz sein, den sie zu zahlen haben, und um so mehr werden sie sich infolgedessen selbst bestrafen. Bisher konnten sie ihre nationale Zentralbank politisch zwingen, Geld zu drucken - darin lag ja die Hauptursache ihrer Inflation. Aber vom 1. Januar 1999 an ist ihre Zentralbank nur noch eine untergeordnete Filiale der gemeinsamen Europäischen Zentralbank.

"Warum sind dann aber die Herren der Bundesbank gegen den Euro?" Antwort: Weil es sie schmerzt, zur untergeordneten Filiale herabgestuft zu werden, und weil sie ihre in der Welt ziemlich einmalige Ideologie für alleinseligmachend halten.

Deutschland befindet sich im Zustand eines schweren wirtschaftlichen Ungleichgewichts: Wachsende Arbeitslosigkeit und wachsende Staatsquote steigern sich gegenseitig, wie zu Heinrich Brünnings Notverordnungszeiten. Demgegenüber bliebe der Pakt für Arbeit eine Farce, der beabsichtigte Wegfall der Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter (wieso eigentlich nicht für kranke Angestellte, Manager und Politiker?) eine ergebnislose Sottise und die längere Ladenschlußzeit ein Schlag ins Wasser.

Es bleibt die Arbeitslosigkeit - es sei denn, die Bonner Politiker erkennen, daß sie selbst die Hauptverantwortung dafür tragen; daß sie die Verantwortung gegenüber der Nation als weitaus wichtiger erkennen denn ihre taktischen Spielchen zwecks Machterwerb und Machterhaltung. Es sei denn, sie finden zu einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, indem sie zum Beispiel im Tarifvertragsgesetz die Allgemeinverbindlichkeit und im Betriebsverfassungsgesetz die Nichtigkeit von Betriebsvereinbarungen beseitigen. Es sei denn, sie streichen tausend andere Paragraphen, die unsere Unternehmen und ganz besonders den gewerblichen Mittelstand fesseln. Die Politik muß die wirtschaftliche Freiheit in Deutschland von weit unten auf der Rangliste der Staaten wieder in die Spitzengruppe bringen - so wie Ludwig Erhard dies vor einem halben Jahrhundert vorgemacht hat. Weg mit den tausend Genehmigungsbestimmungen und den tausend Verhinderungsinstanzen! Der Staat muß endlich die Subvention alter und konkurrenzunfähiger Wirtschaftszweige abbauen und statt dessen den ganzen Nachdruck auf die Forschung und auf die Entwicklung neuer Spitzenprodukte konzentrieren, die einstweilen in Asien noch nicht hergestellt werden können. Natürlich brauchen wir dafür bessere, leistungsstärkere Universitäten, also brauchen wir Wettbewerb unter ihnen. Vor allem: Schluß mit der endlosen staatlichen Gängelung.

Das wichtigste Thema der Deutschen ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Wer statt dessen den Euro zum Hauptthema machen möchte, der wird seiner Verantwortung nicht gerecht.